



Hauptabteilung INT

Team Asien



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

Politischer Bericht / Kurzbericht

Thema:

Afghanisches Meinungsbild nach Bundeswehrskandal

Autor:

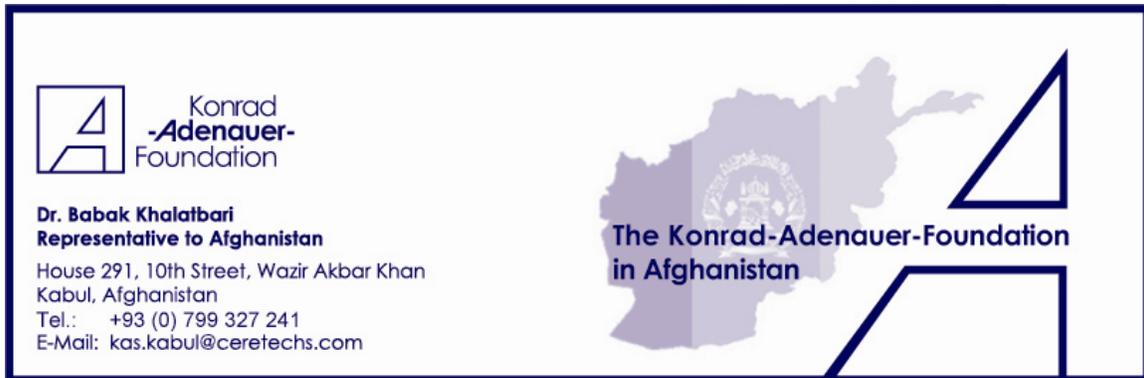
Dr. Babak Khalatbari

Ort/Datum:

Kabul, 08.11.2006

Länder- / Regionalprogramm:

AFGHANISTAN



Afghanisches Meinungsbild nach Bundeswehrskandal

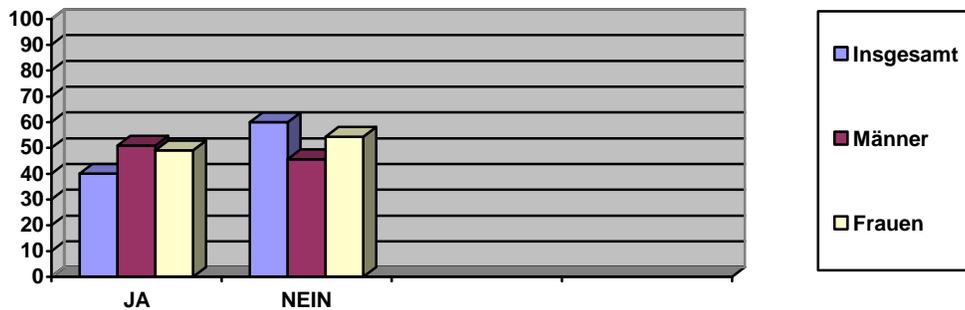
Am 7. Oktober 2001 begannen die ersten Bomben auf Afghanistan zu fallen und rasch folgte die Bodenoffensive amerikanischer Truppen und Milizen der Nordallianz. Die Taliban und ihre Anhänger verloren innerhalb weniger Wochen im ganzen Land ihren Rückhalt und wurden schließlich am 13. November 2001 aus Kabul vertrieben. Das war vor knapp fünf Jahren.

Im Jahr 2006 fanden die opferreichsten Kämpfe seit dem Sturz der Taliban statt. Mehr als 3.000 Menschen sind seit Jahresbeginn bei Kämpfen in Afghanistan getötet worden. Und trotz der Offensiven „Mountain Thrust“, „Medusa“ und „Mountain Fury“ scheint der Widerstand nicht gebrochen. Neben dem militärischen Widerstand oppositioneller Kräfte mehren sich mittlerweile auch die terroristischen Übergriffe. Seit Anfang diesen Jahres haben sich in Afghanistan über 80 Selbstmordanschläge ereignet, die mehr als 200 Menschen das Leben kosteten und über 2.000 Personen verletzten. Im Oktober 2006 äußerte ISAF-Kommandeur General David Richards in der New York Times, dass 70% der afghanischen Bevölkerung des Kampfes leid seien und sich den Taliban zuwenden würden, wenn es der Nato nicht gelänge, die ökonomische Entwicklung entscheidend voranzubringen.

Ferner kam es in den Bezirken Pandschwaji und Paschmaul im Süden des Landes vor wenigen Wochen zu tragischen Opfern in der Zivilbevölkerung. Sowohl Kollateralschäden als auch die Totenkopffaffäre scheinen das Meinungsbild der afghanischen Bevölkerung über Nato und Isaf zu beeinflussen, ohne dass bisher die genauen Auswirkungen abgeschätzt werden können. Um die Haltung der Bevölkerung zu dieser Entwicklung genauer zu erfassen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Afghanistan gemeinsam mit ihrem Partner, dem National Center for Policy Research, eine Meinungsumfrage in Kabul durchgeführt. Bei diesem Projekt handelte es sich um die erste repräsentative Meinungsumfrage in Kabul überhaupt. Zu diesem Zweck wurden vom 2. November bis 7. November insgesamt 1.120 Frauen und Männer verschiedener Bevölkerungsschichten einschließlich mehrerer Parlamentarier zu drei Fragen interviewt.

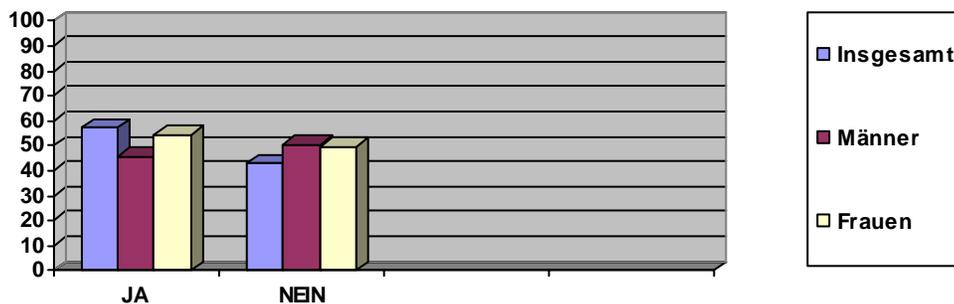
- a) Die Frage, ob die Nato zu mehr Sicherheit in Afghanistan beiträgt, bejahten 40,03% der Befragten; 59,97% antworteten mit Nein. Sebghatullah Sanjar von der Republikanischen Partei Afghanistans äußerte dazu, dass „die Nato sicherlich Probleme hat, sie aber für die Sicherheit Afghanistans unverzichtbar sei.“ Die Parlamentsabgeordnete Shukria Barakzai bezeichnete die Nato sogar als „Sicherheitsfundament ihres Landes.“ Ihre Kollegin Shinkai Karokhel fügte dem hinzu, dass die Nato „eine Garantie für Sicherheit sei, ihr Wirken jedoch verbessert werden müsste.“ Der Abgeordnete Dr. Abdulkabir Ranjbar geht sogar so weit, dass „ohne Nato-Truppen ein Bürgerkrieg erneut ausbrechen könnte.“

Trägt die Nato zu mehr Sicherheit in Afghanistan bei?



- b) Von den Befragten sind 57,20% der Meinung, dass bei militärischen Operationen Kollateralschäden vermieden werden können; 42,80% stellten das in Frage. Diese Auffassung teilt auch der Politiker Sebghatullah Sanjar, fügt aber ebenso hinzu, dass „es bei Kampfhandlungen in Afghanistan schwierig sei, Kollateralschäden zu vermeiden.“

Sind bei militärischen Operationen Kollateralschäden vermeidbar?



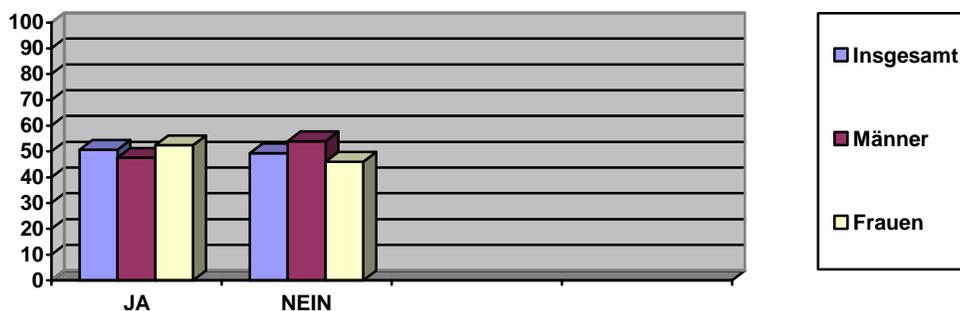
- c) Das auf der Titelseite einer deutschen Tageszeitung veröffentlichte Foto eines Bundeswehrsoldaten, der in Afghanistan einen Totenschädel hochhält, löste in Deutschland Entsetzen aus. Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung (CDU) ordnete eine umgehende Aufklärung der Fälle an und sagte: „Es ist klar und

unmissverständlich, dass ein derartiges Verhalten von deutschen Soldaten keinesfalls geduldet werden kann.“ Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 23 Verdächtige, sechs Bundeswehrangehörige wurden bereits vom Dienst suspendiert.

Es wurde befürchtet, dass der Zwischenfall zu heftigen Reaktionen führen und die traditionsreichen Beziehungen zwischen beiden Ländern belasten könnte. Das National Center for Policy Research veranstaltete in Kabul zeitgleich zu den Vorkommnissen das erste German-Afghan Research Forum, in dessen Rahmen 30 Studenten und 30 Dozenten von der Konrad-Adenauer-Stiftung in wissenschaftlicher Methodik fortgebildet wurden. Die dort stattgefundenen Diskussionen warfen die Frage auf, ob das Fehlverhalten einzelner Soldaten die deutsch-afghanischen Beziehungen ernsthaft beeinträchtigen können.

Von den 1.120 Anfang November 2006 von der KAS befragten Personen äußerten insgesamt 49,28%, dass dies keinen Einfluss auf das deutsch-afghanische Verhältnis hätte. Unter den 566 befragten Männer teilten sogar 54% diese Auffassung, während von

Kann das Fehlverhalten einzelner Soldaten die deutsch-afghanischen Beziehungen ernsthaft beeinträchtigen?



den Frauen nur 46% dieser Meinung waren. Sebghatullah Sanjar äußerte dazu, dass *„Afghanistan eine traditionelle Gesellschaft sei und Fehlverhalten einzelner Soldaten durchaus Einfluss auf die deutsch-afghanischen Beziehungen haben.“* Die afghanische Frauenrechtlerin Shukria Barakzai sieht das anders und begründet das Ausbleiben von Reaktionen besonders damit, dass *„die Bundeswehr selbst entschieden gegen diese Vergehen vorgeht.“* Die Parlamentsabgeordnete Shinkai Karokhel ergänzt diesbezüglich, dass *„der afghanischen Bevölkerung das Fehlverhalten der Soldaten kaum bekannt ist, jedoch eine exzessive Berichterstattung in ausländischen Medien ein eskalierendes Meinungsbild produzieren könne.“*

Alles in allem hat die Umfrage bestätigt, dass die Nato auch weiterhin von einem großen Teil der Bevölkerung als Sicherheitsgarant für Afghanistan empfunden wird und die deutsch-afghanischen Beziehungen auf einem festen Fundament fußen. Sie sind daher bislang durch die Totenkopffaffäre nicht so belastet worden, wie in manchen Medien in den letzten Wochen angenommen wurde.

Kabul, den 08.11.2006
- Dr. Babak Khalatbari -